

Asylgrund Klima

mn. In Dänemark gibt es seit 1993 ein Asylrecht für „Klimaflüchtlinge“. Es ist für Menschen gedacht, die in ihrer Heimat unter „extrem schwierigen Lebensbedingungen leiden“. Derzeit haben in Dänemark Dutzende Flüchtlinge aus Ostafrika und Afghanistan ein humanitäres Bleiberecht - aus Umweltgründen.

Auch Finnland, Schweden und Norwegen werden diesem Beispiel folgen. Dänemark ist laut einem Bericht der norwegischen Flüchtlingshilfe bisher das einzige Land in Europa, das Menschen wegen den Folgen der Klimaveränderung Asyl gewährt. Die Gesetzgebung in Finnland und Schweden (Norwegen ab 2010) kennt ebenfalls die Möglichkeit eines humanitären Bleiberechts im Fall von Umweltkatastrophen. Gedacht waren diese Regelungen für einen vorübergehenden Aufenthalt wegen einer unerwarteten und kurzfristigen Katastrophe. Nachteilig ist die Dublin-Verordnung der EU, wonach Flüchtlinge in jenem Land um Asyl ansuchen müssen, in dem sie zuerst angekommen sind. Die davon am stärksten betroffenen Länder in Süd- und Südosteuropa (Italien, Malta, Griechenland, Spanien) haben aber keine Umweltkatastrophen-Klausel.

Dass die Welt zu retten ist, daran glaube ich nicht. Zuerst kommen immer der Profit und die eigene Bequemlichkeit, dann die anderen. Falls überhaupt.

Konferenzen und Gipfel lösen sich ab. PolitikerInnen lassen sich lächelnd beim Händeschütteln beobachten. Unzählige Parlamentarier und Experten generieren in Hotels, Gastronomie und Duty-free-shops Umsatz. Darum müssen andere Lösungen in Betracht gezogen werden. In einigen Jahren werden hunderte Millionen von Menschen auf dem Weg sein, bessere Lebensbedingungen zu finden. Wirtschaftsflüchtlinge können wir sie dann nicht mehr nennen. Abschieben ebenfalls nicht. Wohin auch? In die Wüste, in ihre überflutete Heimat?

Ein Asylrecht für Klimaflüchtlinge ist das Mindeste was wir momentan noch sicheren Regionen anbieten müssen!

Wir BewohnerInnen der Industrienationen haben mit unserem unbändigen Luxusleben einen Grossteil dieser Katastrophe bewusst und lustvoll mitverschuldet. Geschätzte 20 Millionen Menschen sind derzeit auf der Flucht vor unmenschlichen

Lebensbedingungen. An Europas Küsten stranden Tausende Menschen, die ihre Heimat auch aus klimatischen Gründen verlassen mussten. Noch nennen wir sie



Wirtschaftsflüchtlinge, ignorieren und verleugnen ihr Elend. In Griechenland werden sie auf unbesiedelte Inseln ausgesetzt, in Italien in überfüllte Lager gesteckt, in Spanien mit Stacheldrahtzaun weggesperrt, vor Malta vertrieben. Viele ertrinken bereits auf der Reise und ersparen uns damit die Auseinandersetzung mit ihren Nöten.

In der Schweizer Politik sind klimatisch bedingte Migrationsströme praktisch kein Thema. Der Klimawandel ist kein Asylgrund, darum sind Umweltflüchtlinge kein Thema.

Real ist aber, dass Menschen fliehen, weil sie von Armut, Klimawandel und Krieg betroffen sind. Real ist auch, dass immer mehr Fläche in Afrika verdorrt und auf Äckern kein Anbau mehr möglich ist. Quellen versiegen. Erdbeben, Sturmfluten und Hurrikans zerstören Land. Auch in Asien und Lateinamerika. Und Europa. Europa besitzt genug Geld, Wissen und Technologien, um mit den Problemen umgehen zu können. Noch.

Würden wir den Klimawandel als Fluchtgrund akzeptieren, müsste uns die Dringlichkeit und die akute Notsituation Millionen von Frauen, Männern und Kindern klar werden. Und das Sterben der Tiere in diesen gebeutelten Regionen. Dann würden wir aufhören mit Öko, Bio und Sparen zu kokettieren. Lichterlöschen für einige Minuten mit Promis. Oder Hybrid-

autos, neue AKWs und Kohlekraftwerke bauen. Wir wären gezwungen mit Energie und Ressourcen zu sparen und gleichzeitig unseren Lebensstil zu ändern.

Bevor ein Mensch aus seiner gewohnten Umgebung flieht, muss einiges passieren. Zuerst wird immer versucht in vertrauter Umgebung, in gewachsenen Strukturen zu bleiben. Die Flucht nach Europa ist für die meisten die letzte Möglichkeit. Dann nämlich, wenn auch in den Nachbarländern kein Überleben mehr möglich ist. Bevor die gefährliche Reise losgeht, müssen Ressourcenkämpfe überlebt werden. Also, Gewaltanwendung um zu Wasser und fruchtbarem Boden und fossilen Rohstoffen zu gelangen. Sicherheit wird zum fremdwort.

Truppen werden aufgeboden um Flüchtlinge in den Lagern zu behalten. Truppen wie die EUFOR (Europäische Friedenstruppe) bringen Lebensmittel, Medikamente und Wasser. Nebenbei werden Frauen und Kinder vergewaltigt, aber das ist ein Kriegsnebenschauplatz. Vergewaltigung ist ebenfalls kein Asylgrund. Militär jedoch, auch als Blauhelme getarnt und mit humanitär bemäntelt, wird ausser hierzulande immer mit Gewalt und Krieg assoziiert. Fluchtgründe müssen vor Ort vermieden werden. Das heisst nicht nur Kriege und Auseinandersetzungen verhindern, sondern auch Lebensgrundlagen schaffen. Das scheint mir in ausgetrockneten oder untergehenden Gebieten unmöglich. Zudem verhindert die Armut vieler Länder einen vernünftigen Aufbau/Umbau und den Erhalt ihrer Ressourcen.

Dazu gehören auch Frauenrechte. Denn die gehen bei Krisen und Not immer als erstes verlustigt.

Die Malediven sind dank dem Tourismus ein reiches Land. Sie können es sich leisten Geld auf die Seite zu legen, um irgendwo Boden für ihre EinwohnerInnen zu kaufen. 360'000 Menschen setzen sich konkret mit dem steigenden Meeresspiegel auseinander. Ihre Realität: die Malediven werden im Indischen Ozean versinken. Wie unzählige Inseln Küstenge-

biete und Flussdeltas ebenfalls. Mohamed Nasheed, der Präsident des Inselstaates, ist Realist. Für einen Politiker zudem überraschend weitsichtig. Er setzt sich für die Bevölkerung ein, denkt an die Zukunft, nimmt das Wohl aller ernst und nicht die Wiederwahl, den eigenen Profit. Doch wohin sollen sie fliehen? Auch wenn Geld vorhanden ist. Der Platz wird rar. Die umliegenden Länder sind ebenfalls vom Ansteigen des Meeresspiegels betroffen.

In Bangladesch sind 35 Millionen Menschen von Überflutung betroffen. In Pakistan und Sri Lanka sieht es nicht besser aus. Zusätzlich sind Kriege, Armut und politische Krisen an der Tagesordnung. Die Regierung der Pazifikinsel Tuvalu bat Australien und Neuseeland um Klima-Asyl für seine vom Meeresspiegel bedrohten BewohnerInnen. Vergeblich. Der Antrag wurde rigoros abgelehnt.

Der Weltklimarat (IPCC) rechnet bis zum Jahr 2050 mit bis zu 200 Millionen Klimaflüchtlingen. Das Uno-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) prognostiziert bis 2010 etwa 50 Millionen Menschen die gezwungenermassen, ihre Siedlungsräume verlassen müssen. Es ist nicht nur das Elend einzelner. Durch die Flucht zerfallen soziale Strukturen. Gemeinschaften und Kulturen werden verschwinden.

Europa wird innert 30 Jahren verstärkt Ziel von Klimamigration sein.

Das wiederum wird in uns das Gefühl von Bedrohung verstärken. Wir werden uns weiter abschotten. Barrieren schaffen. Asyl- und Einwanderungsgesetze verschärfen. Leidtragende sind die Opfer unserer Völlerei, Lethargie und Uneinsichtigkeit. Das ist derart absurd.

Die Diskussion muss geführt werden wie wir, - also Politik, internationale und nationale Organisationen der Industrieländer - mit den zu erwartenden Klimavertriebenen umzugehen gedenken. Wir müssen den rechtlichen Schutz von Klimaflüchtlingen verbessern. Was geschieht mit Menschen die zwangsumgesiedelt werden oder deren Staat nicht mehr existiert? Das sind nicht Fragen die erst gestellt werden können, wenn der Ernstfall eintritt. Dann ist es zu spät, um ethisch korrekte Strategien und Lösungen zu präsentieren.

An der Uno-Klimakonferenz 2008 in Bangkok schlug Atiq Rahman (Bangladesh Centre for Advanced Studies) vor, jedes Land solle nach dem Verursacherprinzip eine bestimmte Zahl von Klimaflüchtlingen aufnehmen. Für die Schweiz wären dies 220'000 Personen, wie Etienne Piquet, Professor am Geographischen Institut der



Universität Neuenburg, errechnete.

Umweltminister Moritz Leuenberger (und somit auch der Bundesrat) weiss spätestens seit der Uno-Klimakonferenz in Nairobi 2006 über die anstehende Flüchtlingsproblematik Bescheid. Auch das Parlament ist nicht ahnungslos. Immer mal wieder thematisiert ein parlamentarischer Vorstoss (z.B. von Nationalrat Joseph Zisyadis) die klimabedingte Migrationsbewegungen. Doch mir scheint, das Thema wird nicht ernst genommen, wird weggeschickt, verschleiert. Bis es knallt. Bis die heimatlosen Menschen vor unserer Tür stehen. Die hiesige Politik der christlich orientierten Altherrenriege und in Hosenanzügen angepassten Frauen, scheint zu glauben, dass es genüge „*subsidiäre Hilfe in Form einer vorläufigen Aufnahme umgesiedelter Personen, deren Rückkehr vorübergehend nicht möglich ist*“ zu leisten.

So ein Quatsch. Die Flüchtlingsströme lassen sich nicht mehr verhindern.

Sich damit auseinanderzusetzen vermindert die Qual aller. Doch PolitikerInnen reden sich lieber die Hälsa heiser über Wirtschaftsprobleme und -krise und streichen technische und finanzielle Hilfen für Entwicklungsländer. Würden sie dies tun weil sie zukünftig nur noch mit verantwortungsvollen Regierungen zusammenarbeiten möchten, könnt ichs ja verstehen und gutheissen. Doch es geht gar nicht darum. Zusammengearbeitet wird weiterhin

mit korrupten Staatleuten, (Hilfs-)Gelder versickern immer noch in private Kanäle anstatt Menschen zu helfen.

Derzeit hat über eine Milliarde Menschen keinen Zugang zu Trinkwasser. Diese Zahl wird sich in einigen Jahren verdoppelt haben. Dank der Klimaerwärmung.

Auch Spanien und Italien werden die Auswirkungen spüren. Doch mit Geld können die reichen Länder das Problem auffangen und verschieben. Gletscherschmelze ist zwar ein Thema, aber wird nicht als dramatisch empfunden.

Anders in Lateinamerika. Dort wird viel Wasser fliessen, bevor es ganz versiegt. Ein Beispiel ist der Titicaca-See auf 3810 Metern Höhe in den bolivianischen und peruanischen Anden. Es fällt immer weniger Regen, mehr Sonnenschein ist die Folge. Dadurch trocknet der See langsam aus. Flora und Fauna verkümmern nach und nach. Die Lebensgrundlage von über zweieinhalb Millionen Menschen, die um den See Kartoffeln, Gerste, Mais und Quinoa anbauen und vom Fischfang leben, ist gefährdet. Nicht unmittelbar, aber in einigen Jahren wird der See ausgetrocknet sein und die Fluchtbewegung aus den Bergen ins Tal einsetzen.

Aber auch nordamerikanisches Terrain wie Boston und New York, wird sich vor Wasser schützen müssen, während der Südwesten der USA mit Dürre und Waldbrand kämpfen wird.